

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

68 (16.6.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Mittwoch, den 16. Juni 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM — 20 Trägergebühr), bei Zustellung durch die Post RM 2.40 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanfrage RM 2.—; Amtliche Anzeigen 50 Prozent Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 68

USA und Großbritannien bleiben fest

Bei französischer Ablehnung der Londoner Empfehlungen keine neuen Besprechungen

London, 15. Juni. (AP.) Aus maßgebenden Whitehall-Kreisen wird bekannt, daß die USA und Großbritannien für den Fall einer französischen Ablehnung des Londoner Abkommens von sich aus mit der Bildung einer westdeutschen Regierung beginnen werden. Wenn die französische Nationalversammlung das Londoner Sechsmächte-Abkommen ablehnt, dann werden Großbritannien und die USA sich entgegen ihrem Willen gezwungen sehen, unabhängig von Frankreich die entsprechenden Schritte zu unternehmen.

des Foreign Office mit, daß Großbritannien auch im Falle der Ablehnung der Sechsmächte-Empfehlungen für Westdeutschland durch die französische Nationalversammlung nicht die Absicht habe, neue Sechsmächte-Besprechungen vorzuschlagen.

Zweizonenverwaltung übersteht Regierungsfunktion

Frankfurt, 15. Juni. (DENA.) Die gegenwärtige Zweizonenverwaltung für Westdeutschland wird, wie General Lucius D. Clay hier laut Reuter vor ausländischen Pressevertretern erklärte, die Funktion einer Regierung übernehmen, bis Westdeutschland seine neue Regierung gewählt hat. General Clay erklärte, daß die Währungsreform auf jeden Fall durchgeführt werde, welches Ergebnis auch die trizonalen Fusionbesprechungen haben werden.

Finanzbesprechungen in Frankfurt

Treffen der Millärgouverneure — Datum der Währungsreform unbekannt

Frankfurt, 15. Juni. (UP.) Die drei Millärgouverneure der westlichen Besatzungszonen hatten hier am Dienstag eine fünfstündige Besprechung. General Clay erklärte anschließend, die Frage der Bildung einer westdeutschen Regierung sei bei der Besprechung nicht behandelt worden und er könne nichts über die Besprechungen sagen. Die Erklärung des Generals, daß die politische Zukunft Westdeutschlands nicht besprochen wurde, wird dahin ausgelegt, daß die lang erwartete Währungsreform das Thema der langen Konferenz der Millärgouverneure war. General Clay erklärte ausdrücklich, daß noch kein Datum für die Durchführung der Währungsreform festgesetzt wurde. Auf eine direkte Frage eines Berichterstatters über das voraussichtliche Datum antwortete er: „Ich weiß es nicht.“

Auf weitere Fragen bezüglich der Währungsreform erklärte General Clay, daß gewisse hohe Beamte der deutschen Verwaltung bei Zeiten darüber unterrichtet würden, daß dies jedoch nur „ganz kurz“ vor der Durchführung geschehen werde. Clay sagte weiter, er und General Sir Brian Robertson stimmten mit den deutschen Beamten überein, daß eine Steuerreform gleichzeitig mit der Währungsreform durchgeführt werden müsse. Großbritannien und die USA hätten allerdings internationale Verpflichtungen (Kontrollratsbestimmungen), die eine Ablehnung der vorgeschlagenen Steuerreform bedingen könnten.

Besorgnis in Berlin

Berlin, 15. Juni. (DENA.) Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenversammlung übersiedelten dem französischen Stadtkommandanten von Berlin, General Jean Ganeval, der zur Zeit den Vorsitz in der alliierten Kommandantur führt, ein Memorandum, in dem die deutschen Besorgnisse über die Auswirkung einer getrennten Währungsreform für die Sowjet- und die Westzonen auf Berlin ausgedrückt wurden.

Gottwald wurde der Nachfolger Beneschs

Antonín Zapotocky zum Ministerpräsident der CSR ernannt

Prag, 15. Juni. (AP.) Ministerpräsident Klement Gottwald wurde vom Parlament in einer öffentlichen Sitzung zum ersten kommunistischen Staatspräsidenten der Tschechoslowakei gewählt und zugleich in sein Amt eingeführt. Für Gottwald stimmten 256 Parlaments-Abgeordnete durch Handheben. Nach der Ablegung des Eides auf die demokratische Verfassung des Volkes, begab sich Präsident Gottwald in den Hof des Hradčina, wo er die Front von Militär- und Polizeieinheiten abschrift. Anschließend wurde ihm zu Ehren in der St. Vitus-Kathedrale eine Messe abgehalten, die Erzbischof Josef Beran zelebrierte.

Wie UP weiter mitteilt, zeichnete kurz nach der Vereidigung des neuen Staatspräsidenten der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Antonín Zapotocky das Rücktrittsgesuch der bisherigen tschechoslowakischen Regierung ein. Gottwald ernannte daraufhin Zapotocky zum neuen Ministerpräsidenten und beauftragte ihn mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

Neues Kabinett gebildet und vereidigt

Prag, 15. Juni. (UP.) Das am Dienstag gebildete neue tschechoslowakische Kabinett, in dem 12 der 22 Ministerposten in der Hand der Kommunisten liegen, wurde bereits vom Staatspräsidenten Gottwald vereidigt. Es haben sich gegenüber dem nach dem Februarereignis gebildeten Kabinett nur ganz geringfügige Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung ergeben. Zwei bisherige Kabinettsmitglieder haben die Regierung verlassen. Es sind dies Klement Gottwald, der Staatspräsident wurde, und der bisherige (sozialdemokratische) Vizepremierminister Bohumil Lausmann, der kürzlich seine Absicht bekanntgab, sich aus der Politik zurückzuziehen.

Staatspräsident Klement Gottwald

Bad Nauheim, 15. Juni. (DENA.) Klement Gottwald wurde 1896 geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk. Während seiner Lehrzeit schloß er sich zunächst den Sozialdemokraten an. Seine politische Aktivität fand jedoch in dieser gemäßigten Linkspartei nicht die ihr gemäße Entwicklungsmöglichkeit. Er wandte sich infolgedessen, nachdem er kurz vor Beendigung des ersten Weltkrieges aus der österreichischen Armee ins russische Lager desertiert war, den Kommunisten zu und wurde einer der Begründer der

Verhandlungen über das Heilige Land

Araber wollen die Aufteilung Palästinas in autonome Gebiete vorschlagen

Kairo, 15. Juni. (DENA-REUTER.) Bei den bevorstehenden Palästina-Friedensverhandlungen werden, wie hier aus zuverlässigen kairoischen Kreisen verlautet, die Araber eine Aufteilung Palästinas in autonome Gebiete nach Art der Schweizer Kantone vorschlagen. Diese Gebiete sollen durch Delegationen in einer zentralen Nationalversammlung vertreten sein, die außerpolitische Angelegenheiten wahrnehmen und eine arabische Mehrheit haben würde. Die Juden haben bereits eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie jede Lösung, die ihnen eine nationale Souveränität gewährt, ablehnen werden.

Kontrolle jüdischer Lebensmitteltransporte

Jerusalem, 15. Juni. (UP.) Nach erfolgloser Weigerung, ihre Nahrungsmitteltransporte nach Jerusalem bei Bohrt Wad von UN-Beschützern kontrollieren zu lassen, entschlossen sich die Juden jetzt doch, dieser Forderung der UN zuzustimmen.

Graf Bernadotte verhandelt

Rhodes, 15. Juni. (AP.) Graf Folke Bernadotte bot am Dienstag von seinem Hauptquartier auf der Insel Rhodes nach Kairo ab. In seinem Mitarbeiterkreis sieht man das Aufheben der Waffenstillstandsverträge als ein glänzendes Zeichen an. In Kairo wird sich Graf Bernadotte mit den arabischen Führern

besprechen. Am Donnerstag will er sich zu Unterredungen mit den jüdischen Vertretern nach Tel Aviv begeben.

Amerikanischer Protest zurückgewiesen

Washington, 15. Juni. (DENA-REUTER.) Das amerikanische Außenministerium gab bekannt, daß die syrische Regierung den amerikanischen Protest gegen die ägyptisch-syrische Blockade der palästinensischen Küstengewässer zurückgewiesen

hat. Die syrische Note weist, wie der Pressereferent des Außenministeriums, Michael F. McDermott mitteilt, darauf hin, daß Syrien die Blockade im Einvernehmen mit anderen arabischen Staaten verhängt habe, um Unruhen zu unterdrücken und den Frieden in Palästina sobald als möglich wieder herzustellen. Ägypten hat den Protest der US-Regierung bereits vor einigen Tagen zurückgewiesen.

Vorschlag zu einem skandinavischen Pakt

Schweden zurückhaltend, Norwegen und Dänemark sind positiv eingestellt

London, 15. Juni. (AP.) Die USA und Großbritannien haben der schwedischen Regierung vorgeschlagen, umgeben sich einem skandinavischen Verteidigungspakt anzuschließen, ohne auf einen Neutralitätsverzicht zu bestehen, wie von verantwortlicher schwedischer Seite in London mitgeteilt wurde. Die Auffassungen Amerikas und Englands seien bei offiziellen Besprechungen in London, Stockholm und Washington zum Ausdruck gekommen.

Der schwedische Botschafter in London, Eric Boheman, hatte in der vergangenen Woche eine längere Unterredung mit dem ständigen Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Sir Orme Sargent, der ihm mitteilte, daß Großbritannien den baldigen Abschluß eines skandinavischen Bündnisvertrages begrüßen würde. Außerdem hätten die diplomatischen Vertreter der USA in Washington und Stockholm Schweden darüber nicht im Zweifel gelassen, daß die amerikanische Regierung wissen möchte, auf wessen Freundschaft sie zu rechnen hat.

Die Schweden haben angedeutet, daß sie nicht bereit sind, einen regionalen Verteidigungspakt mit ihren Nachbarländern Dänemark und Norwegen zu schließen, falls dieser in eine Verbindung zu der bereits bestehenden westeuropäischen Union gefaßt werden soll. Sie begründen ihren Standpunkt damit, daß eine selbständige Orientierung nach dem Westen die Sowjetunion verkräften müsse. Ohne eine Garantie für militärische Hilfe zu erhalten, würde die nordeuropäische Union zum Ziel aggressiver Bestrebungen werden. Norwegen und in gewissem Maße auch Dänemark sind dagegen der Ansicht, daß die skandinavische Neutralität in einer zukünftigen Ost-West-Auseinandersetzung nicht beibehalten werden könne. Sie machen keinen Hehl daraus,

daß sie, wenn auch nicht sofort, so doch später eine Verbindung mit den westeuropäischen Union begrüßen würden.

Gegen britischen Militärdienst

Prezisa, 15. Juni. (AP.) Die südafrikanische Regierung wurde dem ganzen Einfluß ihrer freundschaftlichen Beziehungen geltend machen, um jeder heillosen Politik entgegenzuwirken, die auf die militärische Ausbildung und Organisation von Afrikanern hinführt, erklärte der nationale Verteidigungsminister Südafrikas, F. C. Erasmus. Er fügte hinzu, daß Großbritannien nach dem Verlust der indischen Armee geneigt sein dürfte, eine afrikanische Armee aufzustellen. Die meisten Südafrikaner lehnten jedoch die Verwendung von Nicht-Europäern in den britischen Militärstrukturen ab. Gleichzeitig kündigte der Verteidigungsminister Pläne zur Aufstellung von Militäreinheiten in den Landesbezirken der südafrikanischen Union an.

Noch kein Entscheid

Paris, 15. Juni. (UP.) Bei Wiederaufnahme der Debatte in der französischen Nationalversammlung über die Londoner Sechsmächteempfehlungen wurde beschlossen, in Anbetracht der zahlreichen Wortmeldungen die Debatte am Dienstag bis Mitternacht und Mittwoch den ganzen Tag über weiterzuführen. Es wird erwartet, daß sowohl Ministerpräsident Schuman als auch Außenminister Bidault nochmals das Wort ergreifen werden und daß die Abstimmung nicht vor Mittwoch in den späten Abendstunden stattfinden wird.

Keine größere Kürzung?

Washington, 15. Juni. (AP.) Der Bewilligungsausschuß des Senats stimmte für die Ausgabe von 6125 700 000 Dollar als Auslandshilfe in den nächsten zwölf Monaten. Tatsächlich sind damit schätzungsweise 1 775 000 000 Dollar der vom Repräsentantenhaus beschlossenen Kürzung wieder rückgängig gemacht worden. Trotzdem liegt der Betrag um 400 010 225 Dollar unter der ursprünglichen Anforderung der Regierung.

30. Juli: Donaukonferenz

Washington, 15. Juni. (DENA.) Die sowjetische Regierung hat sich, wie das amerikanische Außenministerium laut REUTER bekanntgab, mit der Einberufung einer Sitzung einer Donaukonferenz der vier Großmächte und der Donaustaaten zum 30. Juli einverstanden erklärt.

Vorsicht vor „neuem“ Geld

München, 15. Juni. (DENA.) Zu den in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchten, daß auf dem Schwarzen Markt bereits neues Geld gehandelt werde, teilte das Bayerische Innenministerium mit, es sei von den Polizeibehörden bisher kein Fall festgestellt worden, in dem tatsächlich neues Geld angeboten wurde. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Zusammenhang mit der Währungsreform Betrügereien versucht würden. Die Bevölkerung wird deshalb aufgefordert, sofort die Polizei zu verständigen, falls wirklich angebliches neues Geld auftauchen sollte.

Sowjets sperren Grenzübergänge

Berlin, 15. Juni. (DENA.) Das sowjetische Oberkommando unterstellte die britische Kontrollkommission über die Schließung der Interzonen-Grenzübergangsstellen bei Bergen, Kirchhandlen und Sonnenberg, gab ein amtliches britisches Sprecher bekannt. Als Begründung für die Schließung wurde von den Sowjets angeführt, daß der Verkehr an diesen Stellen zu geringfügig sei und das weitere Aufrechterhalten der Grenzposten unwirtschaftlich mache. Die britische Kontrollkommission stimmte der Begründung für die Schließung, die nur deutsche Interzonenreisende betrifft, zu.

Nicht alle Kohlenzüge dürfen passieren

Berlin, 15. Juni. (DENA.) Insgesamt 140 Güterwagen mit Kohle, die sich auf dem Weg von West nach Berlin befanden, wurden nach einer Mitteilung der britischen Kontrollkommission in den letzten 48 Stunden von den Sowjets in Marienborn aufgehalten. Der Bestimmungsort dieser Waggons liegt in den Westsektoren Berlins. Als Begründung hätten die Sowjets angegeben, die Waggons befänden sich nicht in einem einwandfreien technischen Zustand. Alle Waggons mit einem Bestimmungsort im sowjetischen Sektor Berlins hätten deswegen weiterfahren können, obwohl sie sich in einwandfrei technischen Zustand befunden hätten wie die zurückgehaltenen.

Millionenrechnung für Volksbegehren

Berlin, 15. Juni. (DENA.) Rund 12 124 000 Personen sollen sich, wie die SED hier mitteilt, nach dem neuen vorliegenden Gesamtresultat in ganz Deutschland in die Listen für das Volksbegehren eintragen haben.

An der Spitze der Einzelzeichnungen stehe die „demokratische freie Ostzone“, in der weit über 30 Prozent der Bevölkerung, darunter hunderttausende von Jugendlichen im Alter ab 14 Jahren für das Volksbegehren gezeichnet hätten.

Die Schweiz soll Vermögen freigeben

Berlin, 15. Juni. (UP.) Die Interalliierte Reparationskommissionsbehörde (IARA) beschuldigt die Schweiz des Schutzes finanzieller Interessen gewisser Deutscher, indem sie sich weigere, deren Besitz in der Schweiz zu liquidieren. Die IARA hat die Schweiz gleichzeitig aufgefordert, den 13 Mitgliedstaaten der IARA unverzüglich 100 Millionen Schweizer Franken auszustatten, die aus dem in der Schweiz investierten deutschen Besitz kommen. — Dies geht aus einer von den Mitgliedern der IARA einstimmig angenommenen Resolution hervor, die am heutigen Dienstag hier veröffentlicht wurde.

Welt-Rundschau

WASHINGTON. (Dena-INS.) Der Geschäftsratungsausschuß des Repräsentantenhauses billigte die Gesetzesvorlage für die Einberufung aller europäischen 19- bis 21-jährigen Männer. Diese Gesetzgebung stellt, wenn sie vom Kongreß gebilligt wird, die kurz nach Kriegsende wieder aufgetauchten Militärdienstpflicht in den USA für die Dauer von zwei Jahren wieder ein.

CHICAGO. (Dena-INS.) Der Direktor des amerikanischen Arbeitervereins, Robert C. Goetz, erklärte, es werde gegenwärtig erwogen, 50 000 ausländische Landarbeiter nach den USA kommen zu lassen, um die amerikanischen Landwirtschaft zu bewässern zu können.

LONDON. (UP.) Nach der gesamte Londoner Käsegeschäftskontingente kam am Dienstag zum Erliegen, nachdem sich die Lieferanten des West-India-Decks dem illegal streikenden Arbeitern angeschlossen haben.

BOSTON. (HAZ.) Tausende von christlichen Welterbhältern aus aller Welt nahmen an der hier stattgefundenen Jahresversammlung der Christian Science Mission, die First Church of Christ, Scientist, Boston teil.

TRIEST. (AP.) 11 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus dem Mittelmeer Osten werden in den nächsten Monaten auf ihrem Weg nach Deutschland die Stadt Triest passieren, wie aus einem Überwachungsbericht zwischen der britischen Regierung und der alliierten Militärregierung in Triest hervorgeht.

ROM. (Dena-Bevler.) Über 25 000 Bewegungen zum Eintritt in die christliche freiwillige Miliz zur Verteidigung der heiligen Stätten in Palästina sind, wie hier verlautet, bisher bei der Delegation für das Heilige Land in Rom eingetroffen. Die Stärke der freiwilligen Organisation soll jedoch auf etwa 1000 Mann beschränkt bleiben.

BUDAPEST. (AP.) Die protestantischen Kirchen Ungarns, die Calvinisten und die Anglikaner, billigten das Abkommen mit der Regierung hinsichtlich der Verstaatlichung der von den Kirchen unterhaltenen Schulen.

Süddeutsche Allgemeine

Lizenz Nr. U6-WB 112. Herausgeber und Chefredakteur Felix Richter. Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim. Tel. 2041203. Druck: Badische Presse, Karlsruhe.

Man wartet auf Paris

M.M. Die starke Opposition in der französischen Nationalversammlung gegen die Empfehlungen der Sechsmächte-Konferenz und die Entlastung der Öffentlichkeit, die ihrem Unwillen gegenüber der Regierung Schuman Ausdruck verleiht, beweist die Tatsache, daß die deutsche Frage für Frankreich ein Problem mit traditionellen Vorurteilen geworden ist. Man ist nicht damit zufrieden, daß die französische Delegation in London Zugeständnisse erhielt, ja zu Gunsten Frankreichs wesentliche Modifizierungen der ursprünglichen anglo-amerikanischen Absichten durchsetzte.

Man ist sich andererseits in Kreisen nichtem denkender Franzosen über die Folgen einer brüskten Ablehnung der Londoner Vereinbarungen klar. Eine solche Ablehnung würde nämlich, wie letzte Informationen bestätigen, die anglo-amerikanische Seite nicht daran hindern, ohne französische Teilnahme ihre Pläne in der Zone durchzusetzen. Damit würde die Zweizonenverteilung die Funktionen einer westdeutschen Regierung übernehmen. Niemand wird aber auch bezweifeln, daß schon längst eine Westregierung in Deutschland proklamiert wäre, zumindest jedoch würde Deutschland umfangreichere politische und wirtschaftliche Rechte genießen, wenn bei den verschiedensten Konferenzen der französische Partner nicht immer seine Verzögerungstaktik zur Geltung gebracht hätte.

Die Skepsis Frankreichs hat nun neben der außenpolitischen Bedeutung zu einer inneren Krise geführt. Im Kampf gegen die Empfehlungen der Londoner Konferenz stellt sich die Rechte neben die Linke, um gemeinsam die Regierung anzugreifen. Die Existenz des Kabinetts Schuman ist in Frage gestellt. Sidault könnte zum Rücktritt gezwungen werden. Die Debatten in der Nationalversammlung, die bis in die Nachmittags des gestrigen Tages anhielten, waren sehr hitzig geführt. Zur Abstimmung über die sechs Mächte-Empfehlungen kam es jedoch nicht, der heutige Abend soll endlich die Entscheidung bringen, auf die man in Washington und London und vor allem auch in Deutschland wartet. Die Opposition wird es sich bestimmt überlegen, ob sie wegen dieser hochpolitischen Angelegenheit, durch die Frankreich wieder in den Brennpunkt des Weltinteresses gerückt ist, eine ernsthafte Regierungskrise wagen kann. Vielleicht lassen die Auseinandersetzungen am Quai d'Orsay eher die Vermutung zu, daß man noch einmal Besprechungen der sechs Mächte, — an Viermächte-Konferenzen zu glauben fällt schwer, — erwünscht will. Ein Regierungswechsel wegen außenpolitischer Fragen wäre jedoch auch in bewegten Zeiten des französischen Parlamentarismus eine Ausnahme, obwohl am meisten die Anhänger de Gaulles auf dem Sturz spekulieren. Die Politik des Kommunismus in der Götze, die eine Zerstückelung Deutschlands in unabhängige, zur Ohnmacht verurteilte Kleinststaaten ohne Ordnung und Zielvorgabe will, bereitet aber gerade hiermit dem Kommunismus in Deutschland, der bolschewistischen Expansionspolitik nach Westen den Weg. Vor allem hat die Idee eines freien Staatenbundes für Deutschland einen Fehler — sie entspricht in keiner Weise den augenblicklichen Verhältnissen, da es zunächst erst einmal an der Zeit ist, eine einheitliche Gestaltung zu finden, die in einem einzigen Europa ihren Platz erhält.

Es ist das entmutigendste Zeichen dieser Tage, daß man immer noch nicht begriffen hat: es gibt kein eigentlich deutsches Problem mehr, sondern nur noch ein europäisches. Solange man in Paris nur wegen der Sicherheit Frankreichs, die als Argument gegen die Empfehlungen des Sicherheitsrates Europas schlaflöse Nöchte verbringt, solange wird aus dem alten kran-

ken Erdteil nicht das gesunde neue Europa werden, das wir — und auch die Franzosen — erhoffen. Die Konsolidierung der europäischen Mächteverhältnisse macht erlangensprechende Fortschritte, man wartet aber jetzt auf das „Ja“ Frankreichs.

Möchte sich die französische Nationalversammlung am heutigen Tag darüber klar sein, daß sie über ein wichtiges Stück gesamt-europäischer Zukunftspolitik zu entscheiden hat. Denn die einzige Garantie für eine erfolgreiche Regelung der westdeutschen und auch der gesamtdeutschen Frage besteht darin, daß die Alliierten eine einheitliche Politik verfolgen. Jede weitere Verzögerung würde aber einen äußerst ungünstigen Effekt auf die deutsche Bevölkerung haben und die Durchführung des europäischen Hilfsprogramms behindern.

Gottwald am Ziel

Die Durch die Parlamentswahlen am 30. Mai vermochten die Kommunisten oder „Volksfront“, wie sich diese Partei in „volksdemokratischen“ Ländern nennt, ihre gewaltigen Erfolge zu konsolidieren. Ein überwältigendes Exzessiv für tschechische „Volksdemokratie“ gab den jetzigen Machthabern sechs Jahre, die sie gewiß mit großer Meisterschaft für die restliche Bolschewisierung der Tschechoslowakei beizulegen werden. Daß man es versteht, dürfte die Welt in den letzten Wochen erfahren.

Der Rücktritt des Präsidenten der alten demokratischen Tschechoslowakei konnte nicht mehr überraschen, nachdem bekannt wurde, daß Eduard Beneš die neue Verfassung der „Volksdemokratie“ nicht unterzeichnet hatte. Ein weiterer Punkt in dem festgelegten Programm war darauf die Wahl des neuen Staatspräsidenten, der schon seit geraumer Zeit als der wirkliche Herrscher oder Diktator betrachtet wurde. Die Wahl Klement Gottwalds zum Präsidenten der Republik und seine sich unmittelbar anschließende Forderung an Zopolsky, eine Regierung zu bilden, bestätigte nur die Vollständigkeit des geplanten Ablaufs. Für Gottwald stimmten übrigens alle 296 Abgeordneten, also eine Wahl ohne Opposition. Damit übertrifft die „volksdemokratische“ tschechische Regierung die Nazis in ihren besten Jahren, die damals doch „wenigstens“ 13,7 Prozent erhielten.

Prog wird sich nun noch mehr als früher bemühen, Erklärungen des guten Willens und Versicherungen abzugeben, daß die Tschechoslowakei sowohl nach dem Westen und auch nach dem Osten kulturelle und Handelsbeziehungen unterhalten müsse. Es wird jedoch schwierig sein, die westliche Welt von der Ehrlichkeit zu überzeugen und Vertrauen zu finden, nachdem man in brutaler Weise die Wahrheit mitteilt hat. Der Vergleich der innenpolitischen Lage Deutschlands im Jahre 1935 mit der heutigen Tschechoslowakei scheint berechtigt. Auch dieses traditions- und kulturreiche Land wird von einer Gruppe, von einer Partei, „im Namen des Volkes“ diktatorisch beherrscht. Das tschechische Volk leidet nach Westeuropäer, westliche Kultur zeigt sich in seinen Menschen und Werken. Die Zukunft muß beweisen, ob nach Kräfte lebendig und stark genug sind, der östlichen Totalität die Stirn zu bieten.

Gottwald wird seine Auftraggeber und Lehrmeister nicht enttäuschen, er war lange genug in Moskau, um die Methoden östlicher Diktatoren zu lernen. Unter Glockengeläute trat er seinen Präsidentenposten an, das erste Ziel dürfte erreicht sein. Unter Geläute und Fanfaren wurde jedoch schon einmal ein Diktator aus der Taufe gehoben und die Demokratie zu Grabe getragen. Sollte die Freiheit des tschechischen Volkes verkauft und es selbst zum Gefangenen einer politischen Doktrin, des gefangenen einer politischen Doktrin, des gefangenen einer politischen Doktrin werden, so dürfte der nächste Vorhang werden sein, der Tschechoslowakei und Westeuropa gefallen wird.

Mr. LaFollette ist ermutigt

Er hat in Württemberg-Baden gute Demokraten kennengelernt

Stuttgart, 15. Juni (SAZ). Mr. Charles M. LaFollette, der Direktor der Militärregierung, sprach sechs Monate nach seinem Amtsantritt gestern Abend über den Rundfunk vor der deutschen Bevölkerung über die Erfahrungen seiner Tätigkeit in unserem Lande. Ausgehend von seiner Silvesteransprache, in der er seinen Glauben an die Möglichkeit der Durchführung der liberalen demokratischen und christlichen Ziele der Revolutions von 1948 ausgedrückt hatte, fuhr er fort: „Ich kann heute wohl sagen, daß die vergangenen Monate, in denen ich mit dem Volk von Württemberg-Baden gearbeitet habe, daß sie wahrhaft demokratisch-geistesreich sind, nicht nur auf gewisse „vorzügliche Nationen“ beschränkt ist. Ich kenne deutsche Beamte, deutsche Zeitungsleute, führende deutsche Männer, die durch ihre Taten und nicht durch leeres Geschwätz beweisen, daß nirgends in der Welt bessere Demokraten sind, als hier.“

Demokratie ist weit mehr als ein Parlament und eine Reihe gewählter Beamter und die übliche Aufbau des Staates. Demokratie ist vor allem eine Anschauung und eine Lebensweise. Sie ist eine Anschauung, die die Menschen im Lichte ihrer individuellen Verdienste sieht. Wer nur Menschen gern hat, die in eine bestimmte Klasse gehen, nur Menschen, die zu einer bestimmten Klasse zählen, nur Menschen, die einen bestimmten Dialekt sprechen, nur Menschen, die einer bestimmten Rasse angehören, ist kein Demokrat, selbst wenn er denkt, er sei es. Ohne Toleranz, ohne Verständnis, ohne Wünsche anderer, ohne Verständnis, ohne den wahren Willen, der Menschheit Gutes zu tun, gibt es keine wirkliche Demokratie. Diese verlangt, daß die Menschen zusammenarbeiten, für das gemeinsame Wohl aller, nicht nur für das einer Gruppe, die durch Gewalt und gebelne Polizei die Macht aufrecht erhält.“

Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Demokratie in den Vereinigten Staaten wandte er sich gegen die Unterdrückung der persönlichen Freiheit, die „eine Volksdemokratie“ anbot, in der man nur diejenigen Kandidaten wählen könne, die die Härtefrage aufstelle. Europa habe heute Beispiele, die zeigen, was unter einer solchen Kontrolle geschähe.

Mr. LaFollette fuhr fort: „Ich sagte einigmal, daß nicht die unerbittliche praktische Demokratie, wie sie von vielen Beamten von Württemberg-Baden geliebt wird, ermutigt hat. Ich muß jedoch gestehen, daß hier an einigen Orten Anzeichen für eine Tendenz vorhanden sind, die jeden echten Demokraten enttäuschen, sei es nun Deutscher, Amerikaner oder Engländer. Ehemalige Nazis und solche, die immer noch mit dem Nazismus sympathisieren, fangen an, sich in Schlüsselstellungen der Regierung zu zeigen. Männer in höheren Stellen haben versucht, die Nürnberger Verhandlungen in den Schmutz zu ziehen, um damit jene, die Deutschland in den moralisch-psychischen Zusammenbruch des Jahres 1945 geführt haben, zu Märtyrern zu erheben.“

Es ist heute die erste und wichtigste Mission der Militärregierung in Deutschland, die Demokraten, so wie ich sie beschrieben habe, zu unterstützen: die Lebensweise und Ethik im Gegensatz zu Parlament und Wahlen, die nur die Maschinerie der Demokratie sind. Deshalb ist es die vornehmlichste Aufgabe der Militärregierung, jene demokratisch gesinnten Beamten, die Tag und Nacht für ihre Wähler arbeiten, zu unterstützen und zu verhindern, daß alte Nazis, Nazi-Sympathisierende und Neo-Nazis wieder an die Macht heranschließen. Es ist meine Pflicht, zu zeigen, daß diese Politik durchgeführt wird.“

Ich habe versucht, so viele Orte in Württemberg-Baden wie möglich zu besuchen. Ich habe mich mit Ihren Bauern unterhalten, mit Ihren Fabrikarbeitern, mit Ihren Transportarbeitern und mit Ihren Regierungsbeamten. Wenn ich nach dem Urteil, was ich gesehen und gehört habe, so besteht ein ständig wachsender Wunsch in der Bevölkerung nach einem Regierungssystem, in dem der Einzelne beachtet wird, in dem das Volk seine Beamten durch Wahl bestimmt und diese Beamten, wenn sie unbefriedigend sind, durch Wahl wieder absetzen kann und wo sie wieder mitten in der Nacht Schritte und das Aufschlagen von Türen zu hören sind. Ich will alles in meiner Macht begnadige tun, um diese Ziele zu erreichen, nach denen sich der kleine Mann auf der ganzen Welt sehnt“, schloß Mr. LaFollette seine Rede.

„Widersinnige Zonenschranken müssen fallen“

Außerordentlicher Parteikongreß der CDU Nordbaden in Bretten

Bretten, 15. Juni (DEFA). Ein außerordentlicher Parteikongreß der CDU Nordbaden wurde in Bretten am Samstag in Anwesenheit des stellvertretenden württemberg-badischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Dr. Heinrich Köhler eröffnet. (Wir berichteten über den ersten Tag bereits kurz in unserer Montag-Ausgabe. Die Red.)

Der Landesvorsitzende der CDU Nordbaden, Fridolin Heurich, erklärte zu dem Problem des staatsrechtlichen Aufbaus Deutschlands, das Ziel des deutschen Volkes würde von dem Europa abhängen. Deutschland sei bereit, einen Teil seiner souveränen Rechte an eine höhere souveräne Autorität in Europa abzutreten. Diesem nur durch diese Opfer könne Europa gerettet werden. Die Sechsmächtekonferenz in London bezeichnete er als eine Enttäuschung und einen neuen Rückschlag. Die Ruhrwirtschaft sei dort einer Regelung unterworfen worden, die für Deutschland die ewige Lähmung seines Wirtschaftslbens bedeuten würde, sofern dieser Plan zur Ausführung käme.

Am zweiten Tag des Parteikongresses der CDU Nordbaden erklärte der württemberg-badische Finanzminister, Dr. Heinrich Köhler, Fragen der kommenden Währungsreform, während Ernährungsminister Heinrich Stöß über die gegenwärtige Ernährungslage sprach. Der Landesvorsitzende der CDU Nordbaden, Fridolin Heurich, behandelte das Verhältnis Südbaden zu Nordbaden und appellierte an die Besatzungsmächte, die

„widerständigen Zonenschranken“ zwischen den beiden Gebieten fallen zu lassen. Finanzminister Dr. Köhler wies darauf hin, daß noch kein Deutscher etwas Endgültiges über die Währungsreform sagen könne. Zu den notwendigen Maßnahmen bei der Durchführung der Währungsreform erklärte der Minister, daß sich der Geldumsatz in vier Quoten einteilen ließe. Die erste sei die sogenannte „Kopfgüte“, die einen gewissen Betrag umfasse, um die ersten Tage zu überbrücken. Als zweite sei die „Freigüte“ anzusehen, in der der Umtausch durchgeführt werde, während die dritte, die „Schattengüte“, in einer Blockierung bestünde. Als vierte Quote nannte Köhler die „Verlustgüte“. Nach Durchführung der Währungsreform, sagte er weiter, bilde die Kreditfrage eines der schwierigsten Probleme.

Ernährungsminister Stöß betonte, daß die Ernährungslage im wesentlichen gemeldet sei, wenn auch noch gewisse Engpässe überwunden werden müßten. Während man sich bisher weniger der Agrarpolitik gewidmet habe, müsse es Aufgabe der Zukunft sein, eine intensive Agrarpolitik zu betreiben, da sich die Lage der Landwirtschaft in wenigen Monaten verändern würde. Die derzeitige Parzellenstruktur der Landwirtschaft sei in Zukunft nicht mehr tragbar. Die Besitzverhältnisse müßten jedoch unverändert bleiben, da sie in Württemberg-Baden die besten und gesündesten sind, sei jedoch eine bessere technische Ausrüstung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe nötig.

Bürokratismus gegen Heimkehrer

Schwäbisch Hall, 15. Juni (SAZ). Auf einer Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen beim Stuttgarter Länderrat wurden Beschwerden über die bürokratischen Schwierigkeiten bei der Heimkehr, vor allem bei der Erteilung von Zulassung- und Arbeitsgenehmigung, erörtert. Bei der Konferenz wurde die Errichtung von Heimkehrerführerstellen für jeden Kreis gefordert. Ebenfalls sollen die Kosten für Heilbehandlung und Erholungsferien heimkehrender Kriegsgefangener der Staat übernehmen. Der Ausschuss gab der Erwartung Ausdruck, daß bis Ende 1948 noch 600.000 Kriegsgefangene, darunter allein 300.000 aus der Sowjetunion, nach Deutschland zurückkehren. Z.

„Tageszeitung“ wird „Abendzeitung“

München, 15. Juni (DEFA). Die von der deutschen Presseausstellung in München herausgegebene „Tageszeitung“ wird nach Beendigung der Ausstellung zunächst für drei Monate als täglich erscheinende Zeitung unter dem Namen „Die Abendzeitung“ bestehen bleiben. Werner Friedmann, der während der Ausstellung die Chefredaktion innehatte, wird weiterhin die Zeitung leiten. Das Blatt, das nur mit der geringen Auflage von 2000 bis 3000 Exemplaren wöchentlich sechs Mal erscheint, soll vor allen Dingen dem dienen, den jungen Journalisten eine Möglichkeit der praktischen Schulung und Ausbildung zu bieten.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WERTZONEN: Stuttgart, 15. Juni. Die Sprecherkonferenz gegen den ehemaligen Senatpräsidenten und Vorsitzenden des Stuttgarter Senatsgerichts, Hermann Cabaret, wird voraussichtlich Ende Juni bis Anfang Juli durchgeführt werden.

Frankfurt, 15. Juni. Vierhundert Studenten der naturwissenschaftlichen Fakultät der Frankfurter Universität demonstrierten hier am Dienstag aus Protest gegen die Nichtanerkennung von Prüfungen durch das besetzte Kultusministerium.

Frankfurt, 15. Juni. Der Zweizonenkonferenz legte am Montagabend zum ersten Mal seit seiner Konstituierung ein Veto gegen ein Gesetz des Wirtschaftsministeriums ein. Es handelt sich um das sogenannte zweite Überleitungs-gesetz, das durch die Erweiterung der bloßen Verwaltung vor einiger Zeit eingeführt wurde.

Hannover, 15. Juni. Zwei sowjetische Soldaten bestanden im Kreis Hainholz ein deutsches Grenzpolizeistützpunkt, ohne ihn jedoch zu verletzen, als er sie anhielt, das amtschweizerische Grenzgebiet zu verlassen.

Kiel, 15. Juni. Hans Kasper, der Chef der deutschen FLPJ Berlin, der im April aus dem sowjetischen Hauptquartier entlassen, wurde am Montag mit schwerem Verletzungswunden im Kieler Krankenhaus eingeliefert. Es ist nicht bekannt, welcher Art diese Verletzung Kasper ist.

FRANZÖSISCHE ZONE:

Freiburg, 15. Juni. Vor dem Schwurgericht Freiburg hatten sich drei ehemalige SS-Angehörige wegen Ermordung eines Priesters am 17. Trostort und Erschießung von zwei Flüchtlingen deutschen Soldaten zu verantworten.

Freiburg, 15. Juni. Ein Antrag der Universität auf Erhebung einer juristischen Fakultät wurde von der Regierung abgelehnt. Die Finanzen des Landes werden zu hoch beansprucht werden. Eine entsprechende Berücksichtigung der badischen Interessen soll durch die landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim angestrebt werden.

VISIONENSTADT BERLIN:

Berlin, 15. Juni. Dehede Gaudel, ein Sohn des emigrierten Mahatma Gandhi, wird am 20. Juni in seiner Eigenschaft als Redakteur der indischen Zeitung „Hindustan Times“ in Berlin eintrifft.

Berlin, 15. Juni. Britische Militärpolizei besetzte am Montag die Gewerkschaftsräume der Industriewirtschaft Hohenheim im britischen Sektor, da vor einigen Tagen die gesamte Karte sowie zahlreiche Einzelkopien gegen die Besatzungsmächte der FDGB entfallen waren.

Eröffnung der Schwetzingener Festspiele 1948

Zum dritten Male hat das Rocotheater Carl Theodor von der Platz, das einst Mozart durch sein Spiel weckte, seine Pforten aufgetan. Die Festspiele, die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Landesbundes Baden, Dr. h. c. Heinrich Köhler, stehen, wurden eröffnet mit der Aufführung der „Hochzeit des Figaro“.

Diesmal hatte das Bad. Staats-theater das erste Wort — ein Wort, erfüllt mit dem ganzen Reichtum der Wunder, den das Wort „Figaro“ birgt. Otto Matzerath deutete diese Partitur — das spielt der Besucher von ersten Takt an, wenn er die Hände erhebt, die das kammermusikalisch besetzte Orchester mit der ganzen kunstvollen Eindringlichkeit seiner musikalischen „Spiele“ leiten und die Rezitative vom Cembalo aus begleiten. Matzerath „Figaro“ hinstellt nicht wie auf seinem Pantoffelchen einher: in einer bis ins Einzelne ausgeführten Form wird jede Szene, jeder Akt wie ein Teppich ausgebreitet. Auch die Rezitative erhalten ein viel breiteres Format, nicht zum Schaden der Deutlichkeit. Manche Riccardo überraschen — und man heißt sie gut. Die Akzente werden dann um so stärker gesetzt und das Ganze, aus echter Bühnenszene heraus produzierte Spiel wird durchdringlich, klar und in seinen lyrischen wie dramatischen Partien plastisch ausgedeutet. Man konnte seine heile Freude an solcher Interpretation haben, die alle Möglichkeiten eines Orchesters, seinen „Menschen“ gab. Von ausgereicherter Vorbereitungsarbeit kündete auch die Bühnenarbeit, oberhalb des Karlsruher Ensembles in der gewohntigen Zusammensetzung nicht alle Wünsche erfüllt. So hat Graf Almaviva durch Fritz Harlan nicht gerade ideal be-

setzt, und auch eine Blank als Gräfin zeigte nicht die von ihr gewünschte überzeugende stimmliche und darstellerische Leuchtkraft. Mit ansprechender Anmut gestaltete Anke Hausmann ihren auch gesanglich gut ausgefüllten Cherubino. Weniger glücklich war Irsgard Pipa als recht verspielt singende Barbarina, während die übrigen, Filling-Gottschalk als Robert, Robert als Basilio, Hugo Stenhus als Don Curzio und Siegmund Meyn als Bartolo neben der als Gast von bestem Format appearingen Sigrid Roth er me als Marcelina an ihrem Platz standen. Ein echter Figaro — scharf und vielleicht etwas aus dem Ensemble fallend und in der Behandlung der Kopftöne nicht ganz frei — war Hans Neugebauer. Den Vogel freilich, schön, als Susanna voller Schmelze und spielerischer Leichtigkeit, die ihre Partie auch

Jugend aus aller Welt

Eröffnung der 2. Internationalen Jugendtagung in München

In der Ausstellungshalle auf der Theresienhöhe in München wurde am 12. Juni die 2. Internationale Jugendtagung eröffnet. Die Einladenden waren der Bayerische Landesjugendring und die Münchener Presse; Gäste: die Vertreter von 21 Nationen — Jungen, Mädchen, Männer und Frauen, denen die Fragen der Jugend auf dem Herzen brennen.

Auf holzgepolsterten langen Bänken saßen sie in der großen, weitgedehnten Halle vor einem Podium, hinter dem sich, von 21 Nationalflaggen gesäumt, auf weißer, grünbedeckter Fläche das Wipfelmeer des bayerischen Waldes ausdehnen schien, aus dessen Mitte als Strahl und Zeichen der Tagung fünf Zelte leuchteten.

Chefredakteur Schulze - Wilde, der geistige Träger der Veranstaltung für

gesanglich zu einem einzigen Gemäß werden ließ, Hannelore Wolf-Rampon) ab! mit Recht erhielt sie, wie Herr Neugebauer, den Sonderpreis auf offener Szene. Von Erich Wauerstein aufs beste geschult, gab der Chor den erforderlichen Rahmen, den Heinz Gerhard Zircher architektonisch mit gewohnter scharfer Gewandtheit in das Schwetzingener Haus stellte. Das Bühnenbild hätte man sich noch etwas farbiger gewünscht. Die zunächst als Zwischenvorhang überraschenden Holzbänken wurden nicht ohne Geschick mit in das Spiel einbezogen, so daß sie einen stützenden Kontrast zu Mozarts Musik bildeten. Zircheres Führung entkleidete die Oper aller revolutionärer Elemente. Das Publikum befand sich, trotz allem Einschränkendem, in bester Parteilichkeit und Kargheit nicht mit Meißel. Dr. Wehagen.

Größe ihrer Länder. Danach hatten drei bedeutsame Gäste das Wort: der Däne Arne Melgaard, der die Hoffnung aussprach, daß aus der Vorhölle Deutschlands, wenn nicht das Paradies, so doch eine bessere Welt hervorgehen werde, Emmanuel Mounier, der Herausgeber der französischen Zeitschrift „Esprit“, und Carl Zuckmayer, dessen Rede mit besonderem Interesse erwartet wurde. Er sprach als amerikanischer Staatsbürger und als emigrierter Deutscher, den Nuch und Anblick des grünen Wipfelmeeres schmerzhaft an deutsche Wälder und deutsche Wälder erinnerte. Er sprach von der alten völkerverbindenden Aufgabe der Deutschen, von der einzigartigen Aufgabe der deutschen Jugend, wieder Brücke zu werden zwischen West und Ost, der Aufgabe, zwei schwer zu verbindende Elemente zu binden; er wünschte der deutschen Jugend einen Weg, der durch Schuld nicht mehr beschattet ist, und den selbstverständlichen und natürlichen Anschluß an das Ausland. „Verlaßt euch nicht auf die Hilfe von außen“, sagte er, „baut auf euch selbst, auf der Kraft des Geistes. Ich habe dazu“, sagte er, „in dieser Jugend so viel erhellenden und aufrechten Willen gefunden wie in irgend einer anderen Jugend der Welt.“ Von berühmten gelandeten Gästen, die aus gesundheitlichen Gründen oder Schwiebigkeiten der Reise der Tagung nicht betreten konnten, wurden Botschaften und Glückwünsche vertreten: von André Gide, dessen Geist und Persönlichkeit die vorjährige Zusammenkunft überstrahlt hatte, von der Nobelpreisträgerin Pearl S. Buck, dem holländ. Schriftsteller Jef Last und dem schwizer Schriftsteller Ernst Zahn. — Den stärksten Eindruck und einen ganz spontanen Widerhall erwarb die Worte der Engländerin Evalmaria Brails-

ford, die schon auf der vorjährigen Tagung und auf dem internationalen Schriftstellerkongreß in Berlin ihre menschlich beschwörende Stimme erhoben hatte. Hier sprach, tief bewegt, ein Mensch, der sich selbst als Kreuz geschlagen fühlt für die Schuld der Welt. Aus dem großen und allgemeinen Leid der Menschheit, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, schöpft sie die Hoffnung auf eine tiefe und allgemeine Verbundenheit, die anzubahnen und zu erfüllen vor allem der Jugend aufgetragen ist. „Wenn wir sagen, wir sind Menschen, so meinen wir, daß wir Mitmenschen sind.“ Über alle nationalen, sozialen, politischen und konfessionellen Einengungen hinweg sind wir Menschen.“

Während sich am Sonntagmorgen im Schloß Nymphenburg ein Schriftstellerfest mit dem Staatsrezeption der ausländischen Gäste verband, gaben die Jugendverbände im Schloßpark ein Sommerfest. Es war ein bewegtes Auf und Ab zwischen dem alten Baumen und auf den Rasenflächen des großen englischen Parks. Die Sprachen aller Welt flossen hier miteinander, und zwischen der Jugend Europas in hellen Kleidern, mit Wipeln und bunten Halbtüchern über weißen und farbigen Blusen, sah man dunkle und gelbbraune Menschen nebeneinander, bewegten sich gemessen die Indier, und schmal, in langem, goldhorngelbem Schleiergewand, wie von den Ministern ihrer alten Mäler herangeführt, die Indierinnen: In Festfreude alle, und in Erwartung der kommenden Tage, die die jungen Bewohner der Welt in Arbeitsgemeinschaften, in Kunstgenuss und Geselligkeit einander näherbringen und verbinden soll und festigen gegen alle Willkür politischer Mächte. P.

